

P r o t o k o l l
~~XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX~~

über die Konferenzsitzung des Landtages vom 23. April 1941

Abwesend abg. Benrh. Risch.

Reg. Vertreter Reg. Chefstellvertreter Dr. Vogt

Schriftführer Gassner

Nach Verlesung von 3 Protokollen der letzten Sitzungen, die genehmigt werden, schreitet der Landtag zur Behandlung des Traktandums.

1.) Authentische Interpretation des Landtagsbeschlusses vom 17. Nov. 1939 betr. Reduktion des Prämienatzes für Versicherungen von 4% auf 3%. Die Interpretation erfolgt in dem Sinne, dass dieser erwähnte Landtagsbeschluss erst für das Jahr 1940 Geltung habe und nicht rückwirkend auf 1939. Der Landtag stimmt einstimmig dieser Auslegung zu.

2.) Beschaffung von landwirtschaftlichen Arbeitskräften.

Dr. Vogt referiert über den Stand der Angelegenheit und gibt dem Landtage bekannt, dass eine befriedigende Lösung nicht erreicht worden sei, da die Durchführung der aufgestellten Bestimmungen überall auf grössten Widerstand stosse. Die Gemeindegemeinschaften hätten die notwendige Energie nicht aufgebracht und ganz besonders ausschlaggebend sei gewesen die mangelnde Disziplin ~~man~~ und die passive Resistenz der Bevölkerung. Es sei auch eine Desorganisation auf dem ~~liecht~~ Arbeitsmarkt eingetreten. Auch werde die Regierung mit viel zu viel nebensächlichen Verwaltungssachen belastet und es herrsche eine sonderbare Mentalität in der unteren Verwaltung bzw. in den Gemeindeverwaltungen etc. Dr. Schädler gibt seinem Befremden über das Nichtklappen Ausdruck. Er könne sich nicht vorstellen, wie sich die Regierung es gefallen lassen könne, dass die untergeordneten Verwaltungsorgane die Aufträge sabotieren. Wenn der Rahmen der Zusammenarbeit nur so sei, dann habe es keinen Zweck, weitere Beschlüsse zu fassen. Die Regierung trage dann auch mit Recht die Verantwortung, wenn die Ernährungslage im nächsten Winter nicht befriedigend gelöst werden kann. Diese Methoden dürften für die Zukunft nicht mehr weiter geführt werden. Er beantragt, in allernächster Zeit eine Konferenz mit

den Gemeindearbeitsämtern und den Vorstehern zu halten, um so zu einer Lösung zu kommen. Die Konferenz wird auf Freitag, den 24. April 1941 vormittags 9 Uhr anberaumt. Dort sollen weitere Beschlüsse gefasst werden.

3. Information des Landtages über die politischen Vorfälle der letzten Zeit.

Regierungschefstellvertreter Dr. Vogt klärt auf über diese Angelegenheit und es erfolgten in diesem Zusammenhange 2 Aufträge des Landtages an die Regierung und zwar

1. ~~MMM~~ der Fall des Abgeordneten Sele, Vaduz mit Polizei Sele soll durch die Regierung abgeklärt und dem Landtage darüber zur weiteren Stellungnahme Bericht gegeben werden.

2. Die Angelegenheit Polizei Beck soll durch die Regierung disziplinarisch abgeklärt und dem Landtage ebenfalls über die Vorgehensweise der Regierung Bericht erstattet werden.

4. Uebernahme der schweizerischen Gesetzgebung über die Versicherungsverträge.

Regierungschefstellvertreter Dr. Vogt klärt auf, dass sich hauptsächlich auf dem Gebiete der Brandschadensversicherung Unzukömmlichkeiten ergeben haben, weil ein einheitliches Versicherungsgesetz nicht bestehe. Liechtenstein sei zu klein, um eine Rechtspraxis durchzusetzen. Die Regierung habe deshalb daran gedacht, das schweizerische Versicherungsvertragsgesetz auf Liechtenstein zu übernehmen.

Der Landtag nimmt Kenntnis von dieser Absicht, stimmt der Uebernahme der schweizerischen Versicherungsvertragsgesetzgebung grundsätzlich zu und glaubt, dass: den Abgeordneten noch schriftlich die Unterlagen zugehen sollten.

den Gemeindearbeitsämtern und den Vorsteherb zu halten, um so zu einer Lösung zu kommen. Die Konferenz wird auf Freitag, den 25.4.41 vormittags 9 Uhr anberaumt. Dort sollen weitere Beschlüsse gefasst werden.

3. Information des Landtages über die politischen Vorfälle der letzten Zeit.

Dr. Vogt klärt diesbezüglich auf über die Aufläufe und Vorfälle der letzten Zeit. Er verurteilt, dass die jungen Leute auf die Strasse gehen und dort die Politik auf der Strasse betreiben. Wenn das so weiter gehe, werde es eines Tages zu einer Katastrophe kommen. Keiner habe das Recht sich zu bewaffnen, das gelte für alle Liechtensteiner gleich welcher Partei. Es müsse sich jeder heute mit dem Gedanken vertraut machen, sich in die angekündigte Neuordnung einzufügen. Das seien Mächteverhältnisse, die niemand in der Schweiz und in Liechtenstein ändern könne. Derjenige von diesen zwei Staaten, der sich gegen diese kommende Neuordnung Europas wehrt, der werde an dieser Resistenz zweifellos zugrunde gehen. Deutschland habe gegenüber Liechtenstein seit 3 Jahren absolut eine anständige und faire Politik betrieben. Das Reich habe sich 1938 positiv zu Liechtenstein eingestellt. Die Regierung habe immer versucht, eine wohlwollende Neutralität dem Reich gegenüber zu betreiben. Es ist allerdings nicht so, dass die Existenz unseres Landes für alle Zukunft gesichert sei. Man wisse nicht, was komme, aber die Regierung wisse das eine, dass nur eine Ingerenz auf die zukünftige Gestaltung des Landes der Regierung zustehe, wenn nicht das ganze Land zu einem Sauhaufen werde. Wenn die Innenpolitik zu einer Strassenpolitik werde, so könne er sagen, dass dann das Land sowieso von der Landkarte verschwinde. Dann habe niemand mehr die Möglichkeit, Verhandlungen zu führen, weder der Fürst, noch die Regierung. Es spiele auch hier die Disziplinlosigkeit des Liechtensteiners eine entscheidende Rolle. Es sei bemüht, sehen zu müssen, wie jeder Strassenjunge, jedes Mädchen und alle Leute sich berufen fühlen, Aussenpolitik zu betreiben und mehr verstehen wollen, als diejenigen, die die Verantwortung tragen. Auf die Dauer sei es nicht möglich, dass die Regierung auf die Strasse müsse, um Ordnung zu schaffen. Man müsse den Weg der Ordnung, der Ver-

nunft und der Disziplin gehen. Er habe im Reich schon verschiedene Hemmnisse beseitigt und Unstimmigkeiten geklärt. Es sei daher bemühend, wenn man immer wieder angepöbelt werde. Wenn ein Bevölkerungsteil oder Teile von Behörden hier nicht mitmachen wollten, dann scheiden sich unsere Wege. Er sei erstaunt gewesen, dass auf Schweizerseite diesem Problem mehr Verständnis entgegengebracht werde, als von unseren Leuten. Es habe keine Partei und kein Bevölkerungsteil das Recht, die liechtensteinische Politik zu ihrer eigenen zu machen. Er gebe auch keiner Partei das Recht, sich als die ausschliessliche Trägerin des volksdeutschen Gedankens zu fühlen. Er sei im Bilde, was im Reiche über Liechtenstein gehe. Es sei die Befeitwilligkeit bei einigen Stellen im Reich vorhanden, dass Liechtenstein als kleiner Staat in Europa bestehen bleiben soll, sofern die Bevölkerung das wünscht. Wir können all die Chancen und Möglichkeiten wahrnehmen, wenn wir uns freie Hand behalten. Die heutigen Zustände jedoch seien alles eher, als befriedigend und sie führten so zu einem bösen Ausgang. So könne man keine aktive Aussenpolitik betreiben. Er sei bereit, sich persönlich restlos von der liecht. Aussenpolitik zurückzuziehen, wenn man aber verlange, dass man auch aussenpolitisch tätig sein soll, dann müsse man der Regierung die innerpolitische Situation nicht erschweren. Er habe das Gefühl, dass man im Polizeikorps bei einigen Leuten auf passive Resistenz stosse. Das Polizeikorps habe ausschliesslich die Funktionen der Regierung zu unterstützen und habe nicht Politik zu machen und es habe nicht zu überprüfen, ob die Massnahmen der Regierung richtig seien oder nicht. Leider habe er feststellen müssen, dass verschiedene Herren vom Polizeikorps der Meinung seien, dass sie diejenigen seien, die überprüfen müssten, ob ein Auftrag der Regierung recht sei oder nicht. Ein Polizist habe kein Anhänger zu sein, er müsse ausschliesslich Ordnungsmann sein. Er müsse vorbehaltlos hinter der Regierung stehen und vorbehaltlos Aufträge der Regierung durchführen, solange er den Staatsdienst nicht quittiere. Er müsse bedauern, dass von der Bürgerpartei behauptet worden sei, die Bürgerpartei habe der Regierung die getroffenen Massnahmen aufgewungen. Das sei unwahr, da diese Richtlinien in einer gemeinsamen Besprechung festgelegt worden seien. Solche Parteistandpunkte seien der ganzen Sache nicht dienlich.

Die Regierung müsse auch innerlich zusammenhalten. Er habe nicht gerade Erfreuliches erlebt. Es wurde zwischen Regierungschef und ihm beschlossen, den Polizisten Beck zu suspendieren und ihn einem Disziplinarverfahren zu unterwerfen, weil er dem Regierungschef in Mauren Schwierigkeiten bereite und die Leute aufgehetzt habe als Polizist. Wenn das nur einmal der Fall gewesen wäre, hätte man können das eine Auge zuzulassen, aber nachdem es bei diesem Herrn schon seit 3 Jahren andauernd dasselbe sei und sabotiere, anstatt Ordnung zu schaffen. Wir haben gefunden, dass Beck seines Dienstes enthoben werden soll. Am anderen Tage habe er mit Rrstaunen feststellen müssen, dass Polizist Beck wieder im Dienste gewesen sei. Er sei nicht informiert worden und er müsse annehmen, dass der Regierungschef gedrängt worden sei, diesen Mann wieder einzustellen. Er wäre nicht dafür gewesen, diesen Mann nach einem eintägigen Urlaub wieder einzustellen und hätte zum Mindesten erwartet, dass er informiert worden wäre. Derartige Dinge brächten wieder Misstrauen und bewiesen, dass man doch zu wenig Mut habe, um durchzugreifen. Zweifellos habe es sich hier um einen Mann gehandelt, der es verstanden hätte, darzutun, dass es sich bei ihm um ein politisches Opfer ~~MMMMM~~ des Patriotismus handle. Er sei aber nicht wegen seiner patriotischen Haltung suspendiert worden, sondern weil er als Polizist anstatt Ordnung zu machen, Unordnung gemacht habe. Man müsste überhaupt nur etwa 20 Leute einsperren und dann habe man Ruhe im Lande. Vielen sei es bei diesen Aufläufen nur um Unruhe und Schägerein zu tun. Es könne sich diesen Leuten doch nicht ums Vaterland handeln, wenn sie das Hackenkreuz unter dem Kittelkragen tragen, so seien einzelne. Das seien Treiber und zu diesen Treibern gehöre auch Polizist Beck.

Sele: erwähnt den Fall mit Polizist Sele, wo er grundlos/^{zu Boden/}geschlagen worden sei und schildert den Vorgang, wie er sich abgespielt habe. In einem anderen Staate hätte man einen solchen Polizisten ohne weiters entlassen. Auch seien immer die gleichen Klagen hörbar gegen die Polizisten Sele und Beck.

Brunhart: Aus den Ausführungen des Dr. Vogt könne man entnehmen, dass die Beschlüsse der Regierung nicht eingehalten werden. So könne man zu einer Zusammenarbeit nicht mehr länger bereit sein.

Ich ersuche die Abgeordneten, den Dr. Vogt und dem Abg. Sele restlos beizupflichten, dass Polizist Beck hinaus muss aus dem Staatsdienst und der Fall des Polizisten Sele muss nicht untersucht werden. Entweder müssen wir Ordnung haben, oder wir lassen den Karren laufen.

Präsident: Der Antrag lautet, den Polizisten Beck abzusetzen. Ich glaube, das wäre Sache der Regierung im Verwaltungswege. Der Antrag könnte höchstens dahin gehen, dass die Regierung die Sache untersucht. Die Absetzung ist Verwaltungssache.

Matt: Ich habe Gelegenheit gehabt, den Kampf in Mauren zu sehen. Der Hilfspolizist Matt ist im Haufen drinnen gestanden, er hätte sollen Ordnung machen. Ich bin der vollen Ueberzeugung, dass die Schwäche der Regierung schuld ist an diesen Kämpfen. Der Regierungschef hat mich erbarmt auf der Stiege vor einem Hause. Er hat Betteln müssen, bis die Leute fortgegangen sind. Dann haben sie noch verlangt, dass mein Sohn verhaftet werde. Die Regierung hat zuerst gesagt, es sei kein Grund vorhanden, dann haben die Leute gesagt, dass sie ihn selber holen und schliesslich hat der Regierungschef beigegeben. Dann hat er sich unter Assistenz der Polizei ins Gesicht spucken lassen müssen. Nicht einmal einen Häftlich können die Polizisten beschützen. Mir ist es wohl gekommen, dass ich 65 Jahre alt gewesen bin. Den ganzen Krawall haben 4-5 junge Leute gemacht. Wenn man jene verhaftet hätte, wäre Ordnung gewesen. Die Regierung oder einzele davon sind Werkzeuge von ein paar Krakeelern im Lande. Das ist traurig. Der Vorsteher ist auch so eine arme Kreatur gewesen, der hat sich auch nicht herausgetraut. Schuld sind die Polizisten und die Regierung. Die Regierung hat doch nach dem Zollvertrag das Recht, Grenzwächter in Anspruch zu nehmen, wenn ein Polizist nicht tut. Die Regierung hat nicht das Recht gehabt, meinen Sohn zu verhaften. Man kennt und weiss alle die Treiber und Krakeeler, aber keiner ist nicht verhaftet worden. Die Regierung hat die Krawallmacher unterstützt. Man soll das Beispiel nehmen von 1932. Leitern haben sie damals angestellt und wir haben keinen polizeilichen Schutz mehr gehabt. Man hat sie gezüchtet die letzten 10 Jahre von der Bürgerpartei aus. Ich muss wirklich dem Regierungschef Dr. Hoop das Misstrauen aussprechen. Wenn es nicht

anders kommt, so soll er vom Posten weg oder Ordnung machen.

Präsident: Es sind schwere Vorwürfe ergangen an ~~die~~ Person des Herrn Regierungschefs. Diese Vorwürfe sollten denn auch an seine Person gerichtet werden, ^{wenn er da ist.} Wenn von der Regierung gesprochen wurde, fühle ich mich mit dieser solidarisch. Dass bei solchen Sachen dies und das vorkommt, ist begreiflich, aber es ist eine ziemlich gewagte Sache, das Misstrauen auszusprechen vielleicht ohne die entsprechende Begründung. Ich nehme diese Ausführungen mehr im Sinne eines betroffenen Vaters und möchte sie in diesem Sinne aufgefasst haben. Wir kommen aber so in ein Fahrwasser hinein, das der Sache nicht dient. Wir haben Parteien im Lande und sie haben das Bestreben einer gewissen Behauptung und wenn diese Momente zu stark betont werden und in den Vordergrund treten, dann würde ich mir allerdings nichts Gutes versprechen. Ich halte mich grundsätzlich an den Satz des Dr. Vogt, für die Aussenpolitik ist nur eine Gewähr und zwar eine geordnete Innenpolitik. Aus ~~den~~ politischen Auseinandersetzungen aber könnte nur das herauskommen, dass der Dritte ins Fäustchen lach.

Dr. Vogt: Ich habe den Volksdeutschen auch gesagt, dass sie ein Gross-
teil von Schuld tragen, da sie eine Politik betrieben haben, die auf die Dauer untragbar ist. Sicher ist, dass es für einen Regierungsmann schwer ist, bei solchen Aufläufen Ordnung zu machen. Ich möchte auch dem Regierungschef gar keine Vorwürfe machen wegen dieser Vorgänge in Mauren. Er war nicht in der Lage, diese Masse zu beherrschen. Man müsste zu einer solchen Masse die nötige Polizeimacht haben. Es geht auch heute nicht mehr darum, diese Masse zu beherrschen, sondern darum, dass derartige Vorkommnisse überhaupt nicht mehr aufkommen. Wenn die nötige Polizeigewalt da ist und sie den Willen hat, Ordnung zu machen, werden für die Zukunft solche Sachen unterbleiben. Die Leute müssen die Ueberzeugung haben, dass die Regierung und der Staat Ordnung macht, und zum Rechten sieht.

Dr. Schädler: Dr. Vogt hat das Zentralproblem beleuchtet, wie es sich uns darstellt. Er hat darauf hingewiesen, dass für eine geordnete Aussenpolitik ein ruhiges Verhalten in der Innenpolitik die Voraussetzung ist. Es ist wohl jeder der Auffassung, dass wir uns heute keine Innenpolitik im alten Sinne leisten dürfen. Sobald eine Par-

tei das tut, so entscheidet sie über die zukünftige Entwicklung des Landes. Es muss ein gegenseitiges Verständnis und Vertrauen in allen Lagern da sein. Gegenwärtig ist die Schwierigkeit wieder da, dass Beschlüsse der Regierung sabotiert werden. Wenn ein schuldiges Mitglied der Polizeikopps suspendiert wird und am anderen Tage ist es wieder im Dienst, so muss das Argwohn auslösen. Wenn die Massnahme am ersten Tag gerechtfertigt war, so war sie dies am anderen Tage auch noch. Da möchte man schon an die Brust klopfen und sagen, solche Sachen dürfen nicht mehr vorkommen. Es muss unnachsichtlich jeder Gesetzesverletzer abgestraft werden, gleich welcher Richtung er angehört. Ich bin nicht dafür, dass irgendeiner verschont wird nur deshalb, weil er einer bestimmten Partei zugehört. Wenn es einer von uns ist, so soll er genau so abgestraft werden, wie jeder andere. Die ganze Handlung, die dem Regierungschef angehängt worden ist, sind Erscheinungen bei allen Ausläufen. Das Regierungsglied, das auf die Strasse gegangen ist, hat natürlich von der Masse Unangenehmes zu erfahren gehabt. Ich habe die Auffassung, dass die Regierungsglieder nicht mehr auf die Strasse gehören, um mit der radeauierenden Masse zu konferieren. Ich verstehe nicht, dass nicht ein Disziplinarverfahren gegen Polizist Beck eingeleitet wird.

Präsident Ich bin sehr dafür, dass man alles auf Grund der Darlegungen untersucht. Ich möchte auch nicht, dass solche Vorkommnisse sich wiederholen. Der Landtag hat aber diese Sache nicht von sich aus abzuklären. Er muss die notwendigen Unterlagen haben. Er kann nur die Regierung beauftragen, die Sache im Verwaltungswege abzuklären und zu behandeln. Der Fall soll untersucht und dann soll der Landtag vom Ergebnis Kenntnis erhalten.

Sele wünscht, dass ihm Gelegenheit geboten werde, zum Berichte des Polizisten Sele Stellung nehmen zu können, da dieser ganz erlogen sei.

Präsident: Ich möchte die Parteistellungnahme nicht so betont haben. Ich möchte der Bürgerpartei verdanken, dass sie diese Sache stillschweigend zur Kenntnis nahm. Ich würde aber bedauern, wenn die heutige Sitzung zu einem Parteigeplänkel ausarten würde. Es ist scheinbar seitens der Bürgerpartei absolut nicht die Meinung vorhanden,

dass hier ein Streit wie er entfacht werden soll. Ich für meine Person bin in beiden erwähnten Fällen Beck und Sele nicht auf dem Laufenden und die Sache ist auch nie in einer Parteisitzung meines Wissens behandelt worden. Es könnte der Eindruck entstehen, als ob von einer Partei etwas vorausgegangen wäre. Ich möchte bitten, dass man sich nicht auf eine Auseinandersetzung von Parteisachen einlässt.

Dr. Schädler: Mein Hinweis hat dem gegolten, dass man Mängel rechtzeitig abstellen soll, bevor das Misstrauen sich auf breiter Basis ausdehnt. Die Arbeit der Regierung darf durch keine ~~Mass-~~ Massnahme geschädigt werden.

Bühler: Die Sache vom Abg. Sele ist mir neu. Ich möchte bitten und wünschen, dass es untersucht wird. Im Falle des Pol. Beck bin ich selber der Anzeiger gewesen, trotzdem es ein Bürgerparteieller ist. Ich habe die Anzeige gemacht und die Bedingung gemacht, dass er dadurch nicht brotlos werde, aber er soll gründlich zur Ordnung gewiesen werden. Es soll diesem Mann der Alkoholgenuss radikal verboten werden. Beim ersten Glas Bier ist er zu entlassen. Solche Massnahmen sind sehr wirksam. Ich habe auf den ersten Blick gesehen, dass er betrunken war. Der Mann muss geheilt werden und das ist nur auf diese Art möglich.

Was die Stärkung der Autorität der Regierung betrifft, möchte ich vorschlagen, dass desbezüglich eine Aussprache in einem kleineren Kreise stattfindet. Notwendig ist dies, eine stärkere Hand muss regieren.

Dr. Vogt: Es ist mir zu Ohren gekommen, dass ein Bürgerparteiabgeordneter gesagt haben soll nach dem Fall in Jugoslawien, auch unsere Regierung müsse man wegwerfen. Ein Abgeordneter sollte sich klar sein, dass seine Worte in der Öffentlichkeit mehr abgewogen werden und mehr zählen. Ein Abgeordneter soll nicht unüberlegt ausserhalb der Reihe tanzen. Ein öffentlicher Funktionär muss doppelt vorsichtig sein in den privaten Äusserungen.

Präsident: Es wäre gut, wenn dieser namentlich ausgesprochen würde. Wenn man alles aufzählen wollte, was jeder einzelne sagt und erzählt, so würde das einen ganzen Katalog voll geben. Ich hätte lieber gehabt, wenn der Name von der Partei nicht so sehr in den Vordergrund-

gestellt worden wäre. Ich bin ohne weiters bereit, diese Sache zu übergehen und diese Sache nicht als einen Vorwurf an die Partei hinzunehmen.

Sele Was die Beschimpfung der Regierungsmitglieder anbelangt, so sollte hier Remedur geschaffen werden, Das kommt nirgends so vor. Dem hätte man schon lange sollen abhelfen.

Präsident: Der Landtag weiss ganz gut, dass das nicht von heute auf morgen so gekommen ist. Zwei Jahrzehnte hindurch ist das Volk auf dieser Basis erzogen worden. Jetzt wirkt es sich aus.

Kindle: Ich würde jene Burschen fassen, die so etwas anzetteln.

Dr. Vogt: Auch bei den Volksdeutschen wird sehr viel herumgeredet, dass diesen Leuten Prügel gehören, nur soll man das privat machen. Das darf nicht in einem Auflauf geschehen.

Präsident: Zusammenfassend möchte ich rekapitulieren, dass jeder Abgeordnete sich bewusst sei, was er in seiner Eigenschaft redet. Ferner soll der Fall Sele speziell untersucht und nach Abklärung dem Landtag Bericht erstattet werden. Über den Fall Beck soll ebenfalls berichtet werden dem Landtage. Sonst möchte ich bitten, über dieses nicht besonders Erfreuliches Thema hinwegzugehen.

Dr. Schädler: Ich habe den Antrag gestellt zu dieser Debatte deshalb, dass die Regierung diesen Schwierigkeiten eher gewachsen ist. Die Regierung soll solidarisch handeln. Ich glaube doch, dass die Diskussion der Sache genützt hat. Es ist auch ein aussenpolitisches Referat gehört worden, das von Interesse gewesen ist. Ich glaube nicht, dass wir den Vormittag verträdeln, sondern produktiv ausgenützt haben.

4. Übernahme der schweiz. Gesetzgebung über die Versicherungsverträge.

Dr. Vogt klärt auf, dass sich hauptsächlich auf dem Gebiete der Brandschadenversicherung Unzukömmlichkeiten ergeben haben, weil ein einheitliches Versicherungsgesetz nicht besteht. Unser Gebiet ist zu klein, um eine Rechtspraxis durchzusetzen. Wir haben deshalb daran gedacht, das schweiz. Versicherungsvertragsgesetz auf Liechtenstein zu übernehmen.

Der Landtag nimmt Kenntnis von dieser Absicht und glaubt, dass den Abgeordneten noch schriftlich die Unterlagen zugehen sollten,

damit sie Gelegenheit haben, die Sache zu studieren, was Dr. Vogt zu sichert.

Sele: regt ein Rückfrage bei der Suval über die Praxis wegen den Regentagen und dem Lohnausfall an.

Bühler regt an, dass unbedingt darauf gedrängt wird, dass die Lebensversicherungsgesellschaften wenigsten einen Teil der Prämien-einnahmen im Lande anlegen, da nicht länger zugeschaut werden könne, wie der liechtensteinschen Wirtschaft dieses Lebens blut entzogen werde.

Dr. Vogt glaubt, dass nach Uebernahme der schweiz. Gesetzgebung es sich etwas diesbezüglich machen lasse.

Dr. Vogt glaubt, dass sich dies nach Uebernahme der schweiz. Gesetzgebung machen lasse.

5. Kreditgewährung für eine Transformeranlage in Schaanwald.

Nach Kenntnissnahme des bezgl. Gesuches des Lawenawerkes und Anhörung des aufklärenden Referates des Abg. Bühler stimmt der Landtag dieser Kreditgewährung in der Höhe von Frs. 50,000.- angesichts der Notwendigkeit dieses Vorhabens einstimmig zu.

6. Wahl eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Sparkasse.

Ueber Vorschlag des Präsidenten wird das alte Mitglied Josef Steger in Balzers einstimmig zum Aufsichtsrate der Sparkasse gewählt.

7. Interpretation des Art. 82 des Schulgesetzes.

Art. 82 des Schulgesetzes wird dahin abgeändert, dass das Wort

Art. 82 des Schulgesetzes wird dahin abgeändert, dass das Wort "Verordnung" durch das Wort "Anordnung" ersetzt wird. Diese Gesetzesänderung wird als dringlich erklärt. Ueberdies stimmt der Landtag dem Beschlusse des Landesschulrates genehmigend zu, dass ein Schüler, ~~der~~ der Landes- oder Secundar-schule besucht, für die Absolvierung der 3 Klassen verpflichtet ist und dass diese Massnahme des Landesschulrates in Uebereinstimmung mit dem bestehenden Gesetze erfolgt ist.

8. Subventionierung von Silosbauten.

Über Befürwortung des Präsidenten, Dr. Vogt's und Dr. Schädler stimmt der Landtag einstimmig der Subventionierung von Silosanlagen zu und zwar übernimmt das Land das Transport- und Mietkosten der Schalung für ein halbes Jahr und gewährt ferner einen Kredit von Frs. 5000.- zur weiteren Subventionierung bei Abstufung nach Bedürftigkeit und

rückwirkend auf die bisherigen Silosbauten.

9. Gesuch der Landesbeamten, Angestellten und Lehrer um eine
Teuerungszulage.

Nach Kenntnisnahme des Gesuches, wird die Behandlung der Eingabe
auf die nächste Sitzung verschoben.

Dr. Schädler glaubt, dass das Budget für 1941 nochmals einer Revi-
sion unterzogen werden sollte.

Schluss der Sitzung $\frac{1}{2}$ 1 Uhr.

=====

Münster
Franz Eberle
Münster